11. Änderungssatzung zur Allgemeinen Gebührensatzung mit Gebührentarif für den Kreis Unna vom 13.12.1995

Aufgrund des § 5 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW S. 646), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes zur Einleitung von Abwahlverfahren von Bürgermeistern und Landräten durch Bürgerbegehren vom 24.05.2011 (GV. NRW. S. 270) in der zur Zeit gültigen Fassung hat der Kreistag des Kreises Unna in seiner Sitzung am 30.10.2012 folgende Änderung zur Allgemeinen Gebührensatzung mit Gebührentarif für den Kreis Unna in der Fassung vom 13.12.1995 beschlossen:

Der Satzungstext wird wie folgt redaktionell geändert bzw. angepasst:

§ 6

Auslagen

(2) Erstattungspflichtige Auslagen sind insbesondere:

- a) im Einzelfall besonders hohe ~~Telegraphen-, Fernschreib- und Fernsprechgebühren~~ Telefon- und Zustellkosten,
- b) Kosten öffentlicher Bekanntmachungen,
- c) Zeugen- und Sachverständigenkosten,
- d) die bei Dienstgeschäften den beteiligten Verwaltungsangehörigen zustehenden Reisekostenvergütungen,
- e) Kosten der Beförderung oder Verwahrung von Sachen.

§ 7

Gebührenfreiheit

(2) Verwaltungsgebühren werden nicht erhoben für:

- a) Handlungen, die durch einen im öffentlichen Dienst stehenden Beamten, Angestellten, ~~Arbeiter~~ oder Versorgungsempfänger veranlasst werden und sich auf das bestehende oder frühere Dienst-, Versorgungs- oder Arbeitsverhältnis beziehen,
- b) Handlungen im Rahmen der Amtshilfe,
- c) mündliche und einfache schriftliche Auskünfte,
- d) Handlungen auf dem Gebiet der Sozial- und Jugendhilfe,
- e) Handlungen, die die Stundung, Niederschlagung oder den Erlass von Gebühren betreffen,
- f) Niederschriften über die Erhebung von Widersprüchen.

§ 8

Ermäßigung und Befreiung

Aus Gründen der Billigkeit, insbesondere zur Vermeidung sozialer Härten, kann Gebührenermäßigung sowie Gebührenbefreiung vorgesehen und zugelassen werden. ~~Das selbe~~ Dasselbe gilt für Amtshandlungen, die einem von der handelnden Behörde wahrzunehmenden öffentlichen Interesse dienen.

§ 9

Entstehung und Fälligkeit

(1) Die Gebührenschuld entsteht, soweit ein Antrag notwendig ist, mit dessen Eingang bei der zuständigen Behörde, im ~~übrigen~~ Übrigen mit Beendigung der gebührenpflichtigen Amtshandlung. Die Verpflichtung zur Erstattung von Auslagen entsteht mit der Aufwendung des zu erstattenden Betrages, im ~~übrigen~~ Übrigen mit Beendigung der gebührenpflichtigen Amtshandlung.

Gebühren für die Benutzung öffentlicher Anlagen oder Einrichtungen entstehen mit Eintritt in das Benutzungsverhältnis.

§ 10

Gebührengläubiger

Gebührengläubiger ist der Kreis Unna. ~~-, dessen Behörde eine gebührenpflichtige Amtshandlung vornimmt.~~

Die nachstehenden Tarifstellen (Gebührentarife) der Allgemeinen Gebührensatzung mit Gebührentarif für den Kreis Unna werden mit Wirkung vom 01.11.2012 wie folgt geändert:

Lfd. Nr.	Gegenstand	Gebühr alt	Gebühr neu
3	Kommunale Bewertungsstelle		
3.1	Bewertungen und Stellungnahmen zu bebauten -, dem Bodenwertanteil bebauter Grundstücke und unbebauten Grundstücken -, zu Rechten an bebauten und unbebauten Grundstücken, zu Miet- und Pachtwerten sowie zur Höhe anderer Vermögensvor- und -nachteile (Grundbetrag) sowie Werten von Rechten an Grundstücken	700,00	100 % der Gebühr nach Tarif-stelle 3.3
	dazu bei einem Wert des zu begutachtenden Objekts bis 770.000 Euro	2 v.T. des Wertes	
	oder dazu bei einem Wert des zu begutachtenden Objektes über 770.000 Euro	1 v.T. des Wertes	
	Unter "Wert" wird der jeweils im Gutachten abschließend ermittelte Wert verstanden. Bei Gutachten über Miet- oder Pachtwerte ist vom 10-fachen des ermittelten Jahresmiet- oder -pachtwertes auszugehen. Bei der Gutachtenerstattung anfallende Auslagen sind einzeln abzurechnen.		
3.2 ¹	Ermittlung von Miet- und Pachtwerten (§ 5 Abs. 5 GAVO NRW) sowie der ortsüblichen Pachtzinsen im erwerbsmäßigen Obst- und Gemüseanbau gemäß § 5 Abs. 2 BKleingG		1.500,00 bis 3.000,00

¹ Tarifstelle 3.2 und 3.3 wurden neu eingefügt.

Lfd. Nr.	Gegenstand	Gebühr alt	Gebühr neu
3.3	Grundgebühr Die Gebühr ist in Abhängigkeit von dem im Gutachten abschließend ermittelten Wert des begutachteten Objekts zu ermitteln. a) Wert bis 1 Mio. € b) Wert: 1 Mio. € bis 10 Mio. € c) Wert: 10 Mio. € bis 100 Mio. €		0,2 % des Wertes zzgl. 1.000,00 0,1 % des Wertes zzgl. 2.000,00 0,05 % des Wertes zzgl. 7.000,00
3.1.1 3.4	Zuschläge zur Gebühr nach Tarifstelle 3.1 wegen erhöhten Aufwandes, wenn a) neben dem Standardverfahren weitere Wertermittlungsverfahren notwendig sind b) a) Unterlagen gesondert erstellt werden müssen oder umfangreiche Recherchen erforderlich sind c) b) besondere <u>wertrelevante öffentlich-rechtliche oder privatrechtliche</u> Gegebenheiten (z.B. Denkmalschutz, sozialer Wohnungsbau, <u>Mietrecht, Erbbaurecht</u>) zu berücksichtigen oder wertrelevante Rechte oder Lasten (z.B. Erbbau-, Mietrecht) zu ermitteln sind d) c) Baumängel oder -schäden, Instandhaltungsrückstände oder Abbruchkosten aufwändig zu ermitteln und wertmäßig zu berücksichtigen sind e) d) für sonstige Erschwernisse bei der Ermittlung wertrelevanter Eigenschaften	bis 200,00 bis 400,00 bis 600,00 bis 300,00	bis 400,00 bis 800,00 bis 1.200,00 bis insgesamt 1.600,00
3.1.2 3.5	Abschlag zur Gebühr nach Tarifstelle 3.4 wegen verminderten Aufwands bei Ermittlung des Wertes zu verschiedenen Wertermittlungstagen und bei Bewertung verschiedener Objekte im Rahmen eines Antrages, wenn sie die gleichen wertbestimmenden Merkmale besitzen wenn der Ermittlung unterschiedliche Wertermittlungstage zugrunde zu legen sind	bis zur Höhe des Grundbe- trages in Tarifstelle 3.1	bis 500,00
5	Durchführung des Landespflegegesetzes und seiner Verordnungen Ausnahmen und Befreiungen von den Anforderungen der AllgFörderPflegeVO	50,00 bis 500,00	
5.1	Erteilung von Abstimmungsbescheinigungen gem. § 1 Abs. 1 AllgFörderPflegeVO		250,00 bis 1.000,00
5.2	Abweichung von den Anforderungen gem. § 1 Abs. 2 AllgFörderPflegeVO		250,00 bis 500,00
5.3	Ausstellung eines Qualitätszertifikats gem. § 9 Abs. 2 letzter Satz Pflegegesetz NRW		150,00 bis 300,00
12	Förderung des Wohnungsbaus		
12.1	Für Neubau / Ersterwerb von Wohneigentum <u>einschließlich der notwendigen Ortsbesichtigungen nach den Wohnraumförderungsbestimmungen (WFB)</u>	450,00	450,00
12.2	Für Erwerb bestehenden Wohneigentums <u>einschließlich der notwendigen Ortsbesichtigungen nach den WFB</u>	450,00	450,00

Lfd. Nr.	Gegenstand	Gebühr alt	Gebühr neu
12.3 ²	Für zusätzliche Ortsbesichtigungen im Bereich Wohneigentum und Mietwohnungsbau, die über den in den WFB geregelten Umfang hinaus gehen		50,00 je angefangene Stunde

² Tarifstelle 12.3 wurde neu eingefügt.